

Zwei Milliarden-Programm gegen Jugendarbeitslosigkeit

Das Bundeskabinett hat das im Wahlkampf versprochene Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gebilligt. Damit sollen 100 000 Jugendliche einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildungsstelle erhalten, davon 40 % in den neuen Ländern. Zu den Kosten von zwei Mrd Mark will die Bundesanstalt für Arbeit 1,4 Mrd DM beisteuern. Die restlichen 600 Mill DM sollen aus dem EU-Sozialfonds kommen.

Arbeitsminister Walter Riester (SPD) sagte nach der ersten Sitzung eines Bundeskabinetts in Berlin, die zwei Mrd. DM seien zusätzliche Gelder. Mit ihnen solle vor allem Jugendlichen mit schlechten Berufschancen wie Schulabbrechern, Behinderten oder Ausländern geholfen werden. Die bestehenden Programme blieben unangetastet. Die Bundesregierung werde Ende 1999 „Rechenschaft über Erreichtes und nicht Erreichtes ablegen“. Das Programm soll bei den Gesprächen über das Bündnis für Arbeit am 07. Dezember beraten werden.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) sagte, die Initiative solle Anfang Dezember mit der Wirtschaft, dem Handwerk sowie den Gewerkschaften besprochen und im kommenden Jahr umgesetzt werden. Ziel sei es, 35 000 jungen Menschen einen Ausbildungs- und weiteren 65 000 einen Arbeitsplatz zu vermitteln.

Unternehmen, die das Programm unterstützen, will der Bund unter die Arme greifen. Geplant sind Lohnkostenzuschüsse von 60 % im ersten und von 40 % im zweiten Jahr. Außerdem sollten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeführt werden, die der Qualifizierung der Jugendlichen dienen. Die betriebliche Ausbildung habe Vorrang, sagte Bulmahn. Notfalls werde die Regierung aber für außerbetriebliche Ausbildungsplätze sorgen, so daß letztlich jeder Jugendliche eine Lehrstelle beginnen könne.

Das Programm soll in zwei Stufen umgesetzt werden. Bereits im Dezember würden Jugendliche, die dieses Jahr keinen Ausbildungsplatz erhalten hätten, angeschrieben und zu einem Gespräch im Arbeitsamt eingeladen. Dann beginne ein dreimonatiges Trainingsprogramm, in dem die Jugendlichen herausfinden sollten, welchen Beruf sie ergreifen.

Nach: Handelsblatt Nr. 229 vom 26.11.1998

